

München, 09.10.2019

Kein Umdenken in der Landwirtschaft: Staatsregierung blockiert Umweltmaßnahmen

CSU und Freie Wähler lehnen SPD-Antrag zur Neugestaltung der Agrarpolitik ab - SPD-Agrarexpertinnen fordern fairere Bedingungen für mittelständische Betriebe und mehr Förderung von Tierwohl

CSU und Freie Wähler haben offenbar kein Interesse daran, die Landwirtschaftspolitik nachhaltiger und ökologischer zu gestalten. Diesen Schluss zieht die agrarpolitische Sprecherin der BayernSPD-Landtagsfraktion **Ruth Müller** angesichts einer heutigen (9. Oktober) Abstimmung über einen [SPD-Antrag](#) im Landwirtschaftsausschuss. "Uns als SPD-Fraktion ist wichtig, dass Landwirte durch den Verkauf ihrer Produkte leben können, statt durch staatliche Förderungen. Hier brauchen wir ein effektives Krisenmanagement - die Staatsregierung darf sich hier nicht länger sperren."

Das scheine nicht im Interesse der Staatsregierung zu liegen, genauso wenig wie der von der SPD geforderte Stopp der bedingungslosen Zahlungen für Großbetriebe, eine stärkere Förderung von mittelständischen bäuerlichen Familienbetrieben sowie eine Ausweitung der Förderung der Öko-Landwirtschaft.

Die tierschutzpolitische Sprecherin der Fraktion **Martina Fehlner** betont: "Das Tierwohl in der Landwirtschaft muss stärker als bisher gefördert und honoriert werden."